Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme der Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Donnerstag v. Vorm. 11–½1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Umgelandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 10 Pfg. bez. 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Am billigsten erneuert Jeder

Reinhardt Leupolt's
Pressluftreifen Dresden.

Modernste Wiener
Corsets
aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien
Heinrich Plaul, Hoflieferant Wallstr. 25.

Zacherlin
Diese staunenswerth wirkende Insekten-Vertilgungs-Spezialität ist in Flaschen überall zu haben, wo Zacherlin-Plakate ausgehängt sind.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Sonnenschirme in **grösster Auswahl.** Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17.

Nr. 197. Spiegel: Innerpolitische Vorgänge. Bimetallistische Bewegung. Hofnachrichten, Verband reisender Kaufleute. Gesammtrathssitzung, Bachverein, Haideklub, Evangel. Arbeiterverein. Gerichtsverhandlungen.
Vermuthliche Witterung: Warm, heiter.
Mittwoch, 17. Juli.

Politisches.

Die sommerliche Stille in der inneren Politik, die nach dem sanften und geräuschlosen Heimgange des preußischen Landtages zur vollendeten Thatsache geworden ist, hat kurz vor ihrem Eintritt noch zwei Austritte und einen angeblich bevorstehenden Rücktritt gezeitigt; nämlich den Austritt des Herrn v. Hammerstein aus der konservativen und des Kommerzienraths Rösicke aus der nationalliberalen Fraktion, sowie den vorgeblichen Rücktritt des Fürsten Hohenlohe von der Reichskanzlerschaft. Der erste dieser Tritte ist von vielen Seiten noch überdies mit einigen wohlwollenden Fußtritten begleitet worden, den zweiten hat man aus Mangel an Stoff breiter getreten, als der Bedeutung des Falles angemessen war, und der dritte charakterisirt sich als die Ausgeburt einer krampfhaft arbeitenden Reporterphantasie, die den Wald vor lauter Gurken nicht sieht. Warum sollte auch wohl der Fürst Hohenlohe an den Abtritt von der politischen Schaubühne denken in einem Augenblick, wo er gar keinen besonderen politischen Fehltritt begangen hat, wenn es auch vielleicht wahr sein mag, daß die Politik im Allgemeinen unter ihm ein bischen den Hahnentritt bekommen hat? Sonst ist weiter kein irgendwie erhebliches innerpolitisches Ereigniß zu verzeichnen, ausgenommen die eine Thatsache, daß die Lästerallee auf der Insel Helgoland plötzlich polizeilich geschlossen worden ist. Wie verlautet, soll nunmehr an der Landungsbrücke ein Plakat angeheftet werden des Inhalts: „Hier darf nicht gelästert werden. Zuwiderhandelnde werden zur Strafe bis zu 50 Mal in Salzwasser untergetaucht." Da von dem Verbot hauptsächlich die israelitischen Badegäste auf Helgoland betroffen werden, so ist in jüdischen Kreisen eine lebhafte Agitation in Gang gebracht worden, um diesen Akt „religiöser Unduldsamkeit" wieder rückgängig zu machen. Im äußersten Falle will die gesammte deutsche Judenschaft einen Helgoländer Hummerstreik in Scene setzen. Das wäre freilich mit Rücksicht auf die dann unverspeist bleibenden Hummerkonserven eine „faule" Geschichte. Es wird aber voraussichtlich auch bei Aufrechterhaltung des Verbotes gar nicht so weit kommen, da man sich das Lästern ja doch schließlich viel leichter abgewöhnen kann als das Hummereisen.

Gerade umgekehrte Verhältnisse wie in der inneren Politik herrschen an der Börse. Während nämlich dort die allgemeine Ereignißlosigkeit eine reichliche Lederfabrikation in der Tagespresse zeitigt, ist an der Börse infolge mangelnden Angebots eine starke Lederhausse eingetreten. Die Futternoth des Jahres 1893, die den Viehbestand dezimirte, und der Futterreichthum des Jahres 1894, der es dem Landwirth ermöglichte, seinen Viehstand wieder zu ergänzen und ihn zwecks Errichtung von Milchwirthschaften zurückzuhalten, haben eine Kalamität für die Beschaffung von Leder-Rohmaterial erzeugt und die Lederpreise sind furchtbar in die Höhe gegangen. Infolgedessen werden voraussichtlich in kurzer Zeit auch die Rappen des Schusters eine Preissteigerung erfahren und das könnte wiederum die gute Folge haben, daß die Frage einer gesundheitsgemäßeren Fußbekleidung ernstlich in Fluß käme. Natürlich werden durch die Lederhausse auch die Lederhosen im Preise vertheuert werden. Im Uebrigen läßt sich die Börse auch sonst noch immer nicht aus der Hausse bringen. Das kürzliche Anziehen des Zinsfußes hat sich bis jetzt nicht als dauernd erwiesen und nicht einmal die beunruhigenden Nachrichten aus Bulgarien und Makedonien sind von der sonst üblichen finanziellen Ehrensalve begleitet worden. Eine merkwürdige Erscheinung ist, daß der Abschluß der russisch-chinesischen Anleihe fast an sämmtlichen Börsenplätzen eindruckslos vorüberging. Wenigstens stand die durch den Abschluß hervorgerufene Bewegung in gar keinem Verhältniß zu dem weitgehenden Interesse, das vorher den schwebenden Verhandlungen allgemein zugewendet worden war. Diese verhältnißmäßige Theilnahmslosigkeit dürfte wohl in der Hauptsache daraus zu erklären sein, daß bei der Organisation des chinesischen Zollwesens nur die Seezölle als Garantien für ausländische Anleihen in Betracht kommen. Da aber der Ertrag dieser Einnahmequelle, wie Herr v. Brandt, der frühere deutsche Gesandte in Peking, im „Hamb. Korr." ausführt, nur etwa zur Garantie einer Anleihe im Betrage von 50 Millionen Pfund Sterling zureichen würde, so sind zur Deckung der weiter nöthigen Kreditbedürfnisse neue Auflagen auf Handel und Verkehr erforderlich. Diese aber würden die Fremden entweder direkt treffen, da der chinesische Händler das Mehr in die Preise einrechnen würde, oder indirekt, indem die Kaufkraft der Chinesen gelähmt wird. Der fremde Handel werde also die Ausfälle selbst zu decken haben. Auf alle Fälle werden daher die deutschen Kapitalisten mittleren und kleinen Schlages gut thun, ihre Taschen nicht allzu vertrauensselig dem „jungfräulichen" chinesischen Kredit zu öffnen.

Der Goldhausse an der Börse steht übrigens eine ernsthafte Hausse der Silberaussichten auf internationalem Gebiete gegenüber. Die Anhänger der internationalen Doppelwährung sind zur Zeit rührriger und hoffnungsfreudiger als je. Insbesondere der Kabinetswechsel in England hat das Vertrauen der Gegner der Goldwährung wesentlich gestärkt. Die „Korr. des deutschen Bimetallistenbundes" ist voller Zuversicht auf das baldige Zustandekommen der erstrebten internationalen Münzkonferenz. „Die Dinge", schrieb das genannte Organ vor einigen Tagen, „nehmen ihren Gang und bis zum Herbst, ehe der Reichstag wieder zusammentritt, wird Fürst Hohenlohe seine wiederholt gegebene Zusage eingelöst haben. Die Bereitwilligkeit der meisten Regierungen, mit Deutschland in Verhandlungen einzutreten, steht fest, und das letzte Hinderniß — eine feindliche Haltung Englands — ist mit dem Ministerwechsel beseitigt." Einer besonders gewichtigen Unterstützung versehen sich die Bimetallisten durch den Staatsminister Frhrn. v. Marschall. „Herr v. Marschall hat nicht nur früher", heißt es in einer Notiz des vorhin citirten bimetallistischen Organs, „dem Vorstande des Bimetallistenvereins angehört und 1882 auf dem Kölner Bimetallisten-Kongreß als einer der Referenten fungirt; es weiß auch Jeder, der in den politischen Kreisen Berlins verkehrt, daß Frhr. v. Marschall auch als Minister stets ein eifriger Bimetallist geblieben ist. Deutschland kann thatsächlich keinen besseren Vertreter für die Währungsfrage im Auswärtigen Amt haben als Herrn v. Marschall."

Zu alledem kommt eine zwar leise, allmählige, aber doch erkennbare Einschwenkung der industriellen und Handelskreise in der Silberfrage. In der Schrift „Die Silberfrage für Industrie und Handel" (Berlin, deutsche Zeitungs-Verlagsanstalt) findet sich eine sorgfältig zusammengestellte Uebersicht von Auslassungen deutscher Handelskammern über den schädigenden Einfluß, den die Entwerthung des Silbers auf Handel und Gewerbe ausübt. Und da sagt die Handelskammer Dresden, die Folgen der Silber-Entwerthung seien noch nicht abzusehen; auch die Silber-Enquete werde eine Aenderung nicht herbeiführen. Für Sachsen machten sie sich zunächst in der Schwächung der Kaufkraft aller Länder, die Silberwährung haben, und damit zugleich in dem Rückgange der Ausfuhr nach diesen Ländern auf's Empfindlichste bemerkbar. Neuerdings hat auch die Handelskammer Braunschweig zur Währungsfrage eine Resolution angenommen, in der die Aufrechterhaltung der Goldwährung nicht schlechthin, sondern nur „solange erwünscht wird, bis der Nachweis erbracht ist, daß den deutschen Verhältnissen eine Veränderung der bestehenden Währung besser entspreche." Unter diesen Umständen ist es ganz begreiflich, daß die Reihen der Goldgarde zu wanken beginnen. Man macht sich im Lager der Goldleute bereits mit dem Gedanken vertraut, im neuen Jahrhundert den bisher gewohnten bacchantischen Tanz um das goldene Kalb mit einem etwas gemäßigteren Reigen um ein neues silbernes Kalb zu vertauschen. Auch weiß man nicht mehr recht, ob Reden noch immer Silber und Schweigen Gold ist. Das Schweigegold hat sich nur zu oft als Talmi erwiesen. Es ist daher klug von den Goldleuten, wenn sie bei Zeiten mit der Möglichkeit rechnen, daß der Rest — Silber sein werde.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 16. Juli.

Berlin. Der Mordanschlag auf Stambulow hat hier allgemeine Entrüstung hervorgerufen und man macht für denselben die bulgarische Regierung verantwortlich. Die „Nat.-Ztg." schreibt: „Soviel steht jedenfalls fest: Wer auch die Mordwaffe gegen Stambulow geführt, ob er mit oder ohne Auftrag von anderer Seite gehandelt haben mag, die moralische Mitschuld an dem Mord bleibt an dem Prinzen Ferdinand, seiner Regierung und der Sobranje haften; sie haben Stambulow vor Bulgarien wie ein Opferthier ausgeschlachtet und ihn aller nur denkbaren Verbrechen beschuldigt, als den Verderb des Landes und der Rechte der Nation bezeichnet. Was Wunder, daß sich endlich ein Mörder fand. Weshalb hatte Stambulow auch so ein zähes Leben?" — Ebenso schreibt die „Voss. Ztg.": „Es ist ein politischer Mord. Stambulow ist das erste Opfer des neuen Kurses in Bulgarien, der seine Richtung aus gewissen Petersburger Hinterstuben erhält. Das bulgarische Ministerium ist mitschuldig an dem Morde, mitschuldig ist aber auch Prinz Ferdinand, obwohl er gegenwärtig in Karlsbad weilt. Mit Stambulow fiel das Banner der bulgarischen Selbstständigkeit in den Staub, das Land wird ein russisches Gouvernement." — Die „Post" sagt: „Der Mordanschlag trifft den Staatsmann, der sich das größte Verdienst um die Schaffung eines selbstständigen Bulgariens erworben hat. Den Anstoß scheinen die Differenzen gegeben zu haben, welche seit geraumer Zeit zwischen den Vertretern des jetzigen Kurses, also der Regierung und der Sobranje, und dem bei Seite geschobenen früheren Staatsleiter sich abspielten. Natürlich wird man an offizieller Stelle in Sofia jede Verantwortung für das Attentat weit von sich weisen und dabei auch sachlich vollkommen gedeckt sein." — Das „Tageblatt" schreibt: „Stambulow's Schicksal bleibt eine Schmach für das Regiment Fürst Ferdinand von Bulgarien, der in diesem Augenblicke, wie immer wenn es sich um Excesse handelt, für die ihm andernfalls die Verantwortung aufgebürdet werden könnte, das Glück hat, sich außer Lande in Karlsbad zu befinden. Mit Stambulow ist das letzte Hinderniß weggeräumt, welches die Aussöhnung mit Rußland erschwerte. So muß man sich endlich gefaßt darauf machen, daß nicht nur der russische Einfluß in Sofia wieder der alleinmaßgebende sein wird, sondern daß auch die in Macedonien entzündete revolutionäre Strömung, die insgeheim von Bulgarien aus geschürt wurde, immer größere Verhältnisse annehmen wird, sodaß wohl Diejenigen Recht behalten dürften, die da glauben, daß wir bewegten Zeiten entgegehen. Der Mordanschlag auf Stambulow muß als die erste blutige Etappe auf dem Kriegspfad angesehen werden, der sich für die Völkerschaften nunmehr aufthut. — Nach der „Kreuzztg." ist bei der jetzigen Annäherung zwischen Rußland und Bulgarien französische Vermittelung thätig. — Dem „Lokalanzeiger" gehen aus Sofia folgende Berichte zu: Stambulow war wie häufig Abends im Unionklub, den er um 7 Uhr 45 Min. in Begleitung Petkow's verließ, um in einem Miethwagen nach Hause zu fahren. Als der Wagen inmitten des Weges war, wurde er von beiden Seiten von drei Männern angefallen. Der Diener Stambulow's schoß vom Bocke herunter, traf aber nicht. Stambulow und Petkow sprangen heraus. Indem Stambulow die Mörder fassen wollte, wurden ihm beide Hände mit langen Dolchmessern wohl hundert Mal durchstochen; gleichzeitig erhielt er einen Hieb auf den Kopf. Stambulow stürzte, alle drei Mörder hieben auf ihn ein, sodaß er 14 schwere Wunden auf dem Schädel, die Stirn und in ein Auge erhielt. Als ihn Herbeigeeilte fanden, saß er, von Petkow gestützt, am Boden, das Gesicht und die Haare unsichtbar vor überströmendem Blut, das ihn zu ersticken drohte. Sein Diener ist gleichfalls schwer verletzt. Petkow leicht. Nachdem er in die Wohnung gebracht war, sammelten sich Sofias beste Aerzte um ihn. Der Chirurg Schreier erklärte den Zustand wegen des ungeheuren Blutverlustes für überaus bedenklich, ein Schädelbruch und Gefahr für ein Auge wurde konstatirt. Geschossen haben die Mörder nicht, nur Stambulow's Diener. In der Nacht waren alle fremden Vertreter in Stambulow's Hause, um ihm ihre Sympathien auszudrücken. Allgemeine Entrüstung herrscht darüber, daß ein derartiges Verbrechen am noch hellen Tage auf einer belebten Straße stattfinden konnte. Die ganze Polizei ist aufgeboten, hat aber keine Spur der jedenfalls aus mit Blut bedeckten Mörder entdeckt. Das Attentat auf Stambulow fand im Centrum der Stadt auf einer der belebtesten Straßen statt. In der Nähe des Thatortes hatten zwei Gendarme ihre Posten, trotzdem kam während des Kampfes mit den Mördern dem Ueberfallenen Niemand zu Hilfe. Von anderer Seite wird berichtet, die Aerzte erklären den Zustand Stambulow's nicht für absolut hoffnungslos, doch bei große Gefahr wegen der Wunden am Kopfe und wegen des Blutverlustes vorhanden.

Berlin. Obgleich das Befinden der Kaiserin als durchaus zufriedenstellend bezeichnet wird, sind jetzt Bestimmungen über ihre Reise nach Salzmünd noch nicht getroffen. — Ein Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." erweckt die Vermuthung, daß man in den leitenden Kreisen bezüglich der wirthschaftlichen Wirkung des chinesisch-japanischen Friedensvertrages anderer Meinung geworden ist als zu der Zeit des Anschlusses an Rußland und Frankreich zum Zwecke des Protestes gegen den Friedensvertrag von Shimonoseki. — Frhr. v. Hammerstein, der suspendirte Chefredakteur der „Kreuzztg.", hat am Freitag Abend die angekündigte Urlaubsreise angetreten. Seine Wohnung wird als sofort vermiethbar angezeigt. Am Donnerstag ist der Gerichtsvollzieher in der Wohnung erschienen und hat im Auftrage mehrerer Gläubiger die werthvollen Möbel Hammerstein's unter Siegel gelegt. Am Sonntag kam dann ein Herr zu dem Vicewirth des Hauses und theilte ihm mit, daß Herr v. Hammerstein in seiner jetzigen Lage die Wohnung nicht mehr behalten könne und sie dem Wirth zur Verfügung stelle. Da Hammerstein's Kontrakt bis zum 1. Oktober 1896 läuft, will sich der Wirth für die ziemlich 3000 Mark betragende Wohnungsmiethe schadlos halten. Eine gerichtliche Bekanntmachung meldet folgende Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf den Namen des Herausgebers Wilhelm Freiherr v. Hammerstein eingetragene, in der Zimmerstraße 9293 gelegene Grundstück am 25. September versteigert werden. Das Grundstück ist mit 21000 Mk. zur Gebäudesteuer veranlagt. — Der Mennonit Fröhler aus Mülhausen i. Elsaß, welcher als Rekrut des Kaiser Alexander Garderegiments wegen Weigerung des Waffentragens im März zu einem Jahr Festungshaft verurtheilt wurde, ist vom Kaiser begnadigt worden. Die Strafe ist in eine leichte Festungshaft umgewandelt worden. — Die von dem Professor Paulsen in Kropp begründete und unterhaltene Privatirrenanstalt wurde auf Anordnung der Regierung einer außerordentlichen Revision unterzogen. — Ein Hochverrathsprozeß ist gegen eine Anzahl hiesiger Metalldreher eingeleitet worden auf Grund der von denselben verbreiteten Londoner Broschüre: „Sozialistische Gespräche zwischen Gretchen und Helene".

Meppen. In Gegenwart einer tausendköpfigen Menschenmenge, studentischer Verbindungen, Korporationen und Vereinen, unter Theilnahme von 16 Centrumsabgeordneten und zahlreichen Vertretern des Klerus, wurde das Windthorstdenkmal enthüllt. Abg. Brandenburg feierte Windthorst als größten Parlamentarier und rühmte seine Verdienste um die Kirche, um den Staat und um die Sache der Menschheit; er streifte den Kulturkampf, bezeichnete den Protestantismus als Urheber desselben und schloß mit einer Mahnung zur Treue und Wahrung des konfessionellen Friedens. Beim Festessen hielt Dechant Nieters die Begrüßungsrede. Abg. v. Hagen feierte den Kaiser und den Papst.

Köln. Der frühere Reichstags- und Landtagsabgeordnete Dr. August Reichensperger ist gestorben.

Grottkau (Schlesien). Im hiesigen Kreise richtete ein Orkan furchtbare Verheerungen an. Zahlreiche Dächer wurden abgedeckt, Bäume entwurzelt und Fensterscheiben zerschlagen. Auf der Chaussee von Ruhbmalz nach Falkenau wurde der Postomnibus umgeworfen, die Passagiere erlitten Verletzungen. In Fürstenau brannten sieben Bauerngüter nieder, wobei 2 Menschen umkamen.

Wien. Das hiesige Auswärtige Amt erhielt eine ausführliche Meldung aus Sofia, worin der hoffnungslose Zustand Stambulow's bestätigt wird. Man glaubt hier, daß die Polizei und die Gendarmerie in Sofia die Weisung hatten, sich bei Konflikten zwischen Anhängern und Gegnern Stambulow's und bei Demonstrationen gegen denselben nicht einzumischen und daß dadurch der Mord und das Entkommen der Mörder ermöglicht wurden.

Paris. Der „Figaro" meldet, die italienische Regierung habe die Auslieferung des Polizeiagenten Santoro verlangt, nicht weil dieser das Dokument gegen Crispi dem „Figaro" ausgehändigt, sondern weil er als Beamter der Stadt Grosseto Gelder veruntreut habe. — Mehrere Blätter klagen über die Intriguen, welche das Syndikat der russisch-chinesischen Anleihe anwendete, um durch Ausbeutung des Patriotismus einen Gewinn von 40 Millionen zu erzielen. — Bei Lyon beging ein Krämer Mord und Mordversuch an seiner Frau, an seinem Schwiegervater, seiner Schwiegermutter, einem 6 Monate alten Kinde und einer Nachbarin. Drei seiner Opfer sind todt, die zwei anderen schwer verwundet.

Paris. Die Regierung ist von der Schweiz verständigt worden, daß die Bundesversammlung den Handelsvertrag erst nach dem 1. August berathen könne; darnach sei das Inkrafttreten des Vertrags vor Anfang September unmöglich.

London. Ueber das Attentat auf Stambulow wird hierher noch gemeldet: Der Diener, welcher auf die Angreifer schoß, wurde verhaftet. Gegen Mitternacht kehrte bei Stambulow auf kurze Zeit das Bewußtsein zurück, sein Zustand ist hoffnungslos.

London. Durch die gestrigen Wahlerfolge der Unionisten wurde die liberale Mehrheit, die vor der Auflösung des Parlaments 28 Stimmen betrug, bereits in eine unionistische Mehrheit von 10 Stimmen verwandelt. Bisher sind 206 Abgeordnete gewählt, darunter 172 Unionisten, 25 Liberale, 4 Parnelliten und 4 Antiparnelliten.

Petersburg. Der Minister des Innern empfing gestern die bulgarische Deputation. Dieselbe soll Blättermeldungen zufolge auch von dem Chef des Generalstabs empfangen worden sein.

Konstantinopel. Der zum Exarchat übergetretene und deshalb exkommunicirte Bischof der unirten Bulgaren der Eparchie Rusch, Maclenow, ist durch Intervention des Patriarchen Azarian in den Schooß der katholischen Kirche zurückgekehrt und hat an seine Eparchie einen Hirtenbrief erlassen, in welchem er sein Bedauern über seinen ersten Schritt ausdrückt. Er reist am 22. d. M. nach Rom.

Belgrad. In der heutigen Sitzung der Skupschtina legte die Regierung einen Gesetzentwurf, betreffend das Haiduckenthum, vor. Morgen gelangt der Bericht des Finanzausschusses über die Konversionsvorlage zur Verhandlung.

WEIN-GROSSHANDLUNG H. SCHUMPUCK • NACHFOLGER
Dresden: Wilsdrufferstr. 11 u. Marienstr. 37. Chemnitz: Neumarkt, Ecke Roßberg.
Detailverkauf und Probierstuben bei den Geschäftsstellen.